

Zelten auf Zeit

Afrika Während der Südsudan ausblutet, gibt sich Uganda solidarisch mit den Flüchtlingen. Was ist dran?

■ Bartholomäus von Laffert

Fünf dürre Bäume, drei Felsbrocken, eine grauschwarze Viper, die ihn wütend anstarrt. „Das ist euer Platz!“, sagt die ugandische NGO-Mitarbeiterin in brüchigem Arabisch, deutet auf die 30 mal 20 Meter Land vor ihr. Saveri Obama, 23, nickt, zupft sich am fusselfigen Kinnbärtchen, sieht ratlos aus, angesichts dessen, was die junge Frau ihm als sein neues Zuhause vorstellt. Es ist erst 10 Uhr, jedoch gefühlt bereits 40 Grad warm, die Sonne knallt erbarmungslos auf den ugandischen Busch. Saveri Obama lässt sich ins kniehohere Gras sinken, schließt die Augen, das erste Mal seit vielen Tagen. Der Versuch, zu entspannen. Zehn, fünf Minuten wenigstens. „Ein Becher mit Wasser, das wäre jetzt was“, sagt er. Darauf könne er lange warten, sagt die neue Nachbarin. Der Truck mit dem Wasser steckt fest, in irgendeinem schlammigen Schlagloch auf der frisch gewalzten Straße, die nach Omogu führt. In Ugandas jüngstes Flüchtlingscamp, in dem die ankommenden Südsudanesen untergebracht werden.

„Scheiße“, flucht Saveri Obama, blickt auf die sechs Kinder um ihn herum in der Wie-se. Seine Geschwister, fünf Jungens und ein Mädchen. Die älteren beiden, Michael und Steven, zwölf und elf Jahre alt, haben in der sandigen Erde ein schachähnliches Spielfeld aufgemalt. Schieben weiße und blaue Plastikflaschendeckel hin und her. Die zwei Jüngsten, Godfrey und Julius, sieben und acht, haben sich im Schatten auf einer Isomatte zusammengerollt. Die Zwillinge Mandarin und Mathias, zehn, versuchen, das röchelnde Huhn zu reanimieren, das sie seit einem Monat mit sich rumschleppen. So ziemlich das Einzige, was sie nach der Flucht aus dem Südsudan noch besitzen, abgesehen von den lumpigen Klamotten, die sie am Leib tragen.

Ein bisschen abseits lehnt eine magere junge Frau an einem Baum. Fhoibe Turukiya heißt sie. Ist gerade 18 Jahre alt. 15 Kiuhie hat Saveri Obama bezahlt, damit er sie heiraten darf. Sie hat die Lippen zusammengepresst, versucht, ein Lied zu summen, doch statt Tönen kommen nur Tränen. Tränen der Trauer, Tränen der Erleichterung. Fhoibe Turukiya weiß das selber nicht so genau. Traurig ist sie, weil sie fremd ist in diesem Land, 300 Kilometer entfernt von zu Hause. Erleichtert, weil sie entkommen ist. Entkommen aus der Höhle. Wo sie Menschen in Scheiben schneiden, wie Schlachter das Vieh, sagt Turukiya. Wo sie Männer vor den Augen ihrer Frauen erschließen, Frauen vor den Augen ihrer Männer vergewaltigen und Kinder vor den Augen der Mütter ver-brennen.

„Was im Südsudan momentan passiert, gehört zu den grausamsten Dingen, die diese Welt je gesehen hat“, sagt auch Jonathan Pedneault. Er ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch und war zuletzt im Mai 2017 im Land. „Im Grunde ist das Anarchie. Ein Kreislauf aus Rache und Vergeltung, in dem jeder jeden jederzeit töten kann, weil er keine Angst haben muss, dafür belangt zu werden“, sagt er. Es ist ein Krieg, der schon fast vier Jahre andauert. Ein Krieg, so unbeleuchtet und wirr, dass sich nicht einmal die UNO traut, die Zahl der Todesopfer zu schätzen. Minimum 50.000 waren es bis März 2016. Rund 60 Prozent der zwölf Millionen Südsudanesen haben wegen des Krieges nicht genug zu essen, schätzt die internationale Hilfsorganisation Oxfam. Zwei Millionen Menschen sind ins Ausland geflohen. Es ist die größte grenzüberschreitende Fluchtbewegung in Zentralafrika seit dem Völkermord in Ruanda 1994.

Am Anfang war die Jubelfeier

Als der Krieg begann, war Saveri Obama gerade 19 geworden, hatte einen Platz an der Highschool bekommen und große Pläne. Seine Familie vom Stamm der Avukaya war nicht reich, aber Träume kosten ja nichts, sagt er. Er träumte davon, eines Tages „Business“ zu studieren, und dann Manager zu werden in einer der ausländischen Firmen, die im Südsudan Öl pumpen. Um

die Welt reisen, Amerika, Europa, China. Am Anfang war das wie eine Riesengeburt, da schien auf einmal alles möglich, sagt er. Der „Anfang“ war der 9. Juli 2011. Der Tag der Unabhängigkeit, Geburtsstunde des jüngsten Staates der Welt. 98 Prozent der Südsudanesen hatten in einem Referendum ein halbes Jahr zuvor für die Unabhängigkeit von Khartum im Norden gestimmt. Für die Freiheit, für den Frieden, das hatten sie damals gehofft, erzählt Obama. Für den Feiertag war er extra von seiner Heimatstadt Torre in die neue Hauptstadt Juba gereist. 240 Kilometer, sieben

Dem Wahnsinn entronnen: Im Südsudan kann jeder jeden jederzeit töten

Stunden auf der Ladefläche eines alten Pick-ups. Bestimmt war er auf einem der Bilder, die damals um die Welt gingen. Jubelnde, tanzende Menschen in den Straßen Jubas. Fahnnenschwenkend, die schwarz-rot-grünen mit dem blauen Dreieck und dem gelben Stern darauf. Was einmal die Fahne der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung SPLM war, war von nun an die Fahne der Republik.

Wie die Fahne, wurde auch Salva Kiir, der Rebellenführer von einst, über Nacht zum Präsidenten einer Republik, die irgendwann einmal demokratische Wahlen abhalten wollte. In seiner Rede zur Unabhängigkeit rief der alte General mit dem markigen Filzhut seinem neuen Volk zu: „Unsere Kritiker haben uns schon abgeschrieben, bevor wir überhaupt die Unabhängigkeit erklärt haben. Sie sagen, wir werden in einen neuen Bürgerkrieg hineinschlittern, sobald unsere Fahnen gehisst sind. Sie sagen, dass unser Konzept von Demokratie und Freiheit falsch ist. Nun ist es an uns, ihnen zu beweisen, dass sie Unrecht haben.“ Dröhnender Applaus. Fäuste in der Luft, Jubelschreie, Euphorie. Südsudan war jetzt eine eigene Nation. Saveri Obama wusste damals zwar nicht wirklich, was das heißen sollte, „Nation“, aber es fühlte sich gut an und die Welt schaute zu. Gerade einmal 17 Monate später wurden die Jubelbilder in den internationalen Medien ausgetauscht. Durch Bilder von zerhakten Menschen und ausgebrannten Dörfern.

„Man musste kein Südsudan-Experte sein, um vorauszusehen, dass die ganze Feier nur ein großes Trugbild war und der Südsudan bald wieder in Flammen stehen würde“, sagt Bonifacio Taban. Der 33-jährige Journalist ist einer der Szeptiker, auf die der neue Präsident in seiner Antrittsrede schimpfte. Wir treffen uns in einem kleinen Café in Kampala. Er bestellt ein stilles Wasser und zeigt kommentarlos auf den gesprungenen Bildschirm seines Samsung-Galaxy-Smartphones. Eine E-Mail, Absender ist der südsudaneseische Geheimdienst, die Nachricht unmissverständlich: „Lieber Herr Taban, Ihre Berichterstattung wird Folgen haben. Wenn wir Sie finden, wird es keine Kompromisse geben. Ihre Berichte haben uns riesige Probleme mit dem Rest der Welt gebracht.“ Drei Wochen zuvor, im August, wurde der amerikanische Journalist Christopher Allen, 26, per Kopfschuss von Regierungssoldaten getötet. Sie meinen es ernst.

Tabans Kollegen vom *Sudan Tribune* in Juba waren die Ersten, die über die Massaker der Regierung berichteten, im Dezember 2013; er der Erste, der über die Rebellion gegen die Kiir-Regierung im Norden schrieb. Im Januar 2014 floh er mit Hilfe der UNO nach Uganda. Heute sagt er: „Wir Südsudanesen waren uns selbst schon immer die größten Feinde.“

Es ist ein parteiinterner Streit zwischen dem Präsidenten Salva Kiir und seinem



Erzfeind Riek Machar, mit dem er einst Seite an Seite gegen den Feind in Khartum gekämpft hatte, der 2013 zum Bürgerkrieg führte. Ein Machtkampf um den Vorsitz der Vorherrschaft im Land. „Die Wurzeln des Südsudankonflikts sind tatsächlich politisch, doch der Krieg wird entlang ethnischer Linien geführt. Die Männer haben ihre Stämme mobilisiert, um ihren Machtkampf auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen“, sagt Taban. Auslöser des Bürgerkrieges war letztlich das Juba-Massaker, bei dem Hunderte Kiir-treue Soldaten vom Stamm der Dinka durch die Strafen der Hauptstadt Juba zogen und Zivilisten vom Stamm der Nuer, dem Stamm von Kiirs Gegner Machar, abschlachteten. Auf die Massaker der Dinka folgte die Rache der Nuer und es entstand ein Teufelskreis, aus dem das Land sich bisher nicht befreien konnte.

Gestern Speere, jetzt Gewehre

„Der Hass zwischen den Stämmen des Südsudan ist nicht neu“, sagt auch Jonathan Pedneault. Seit Generationen liefern sich die Clans der beiden größten Stämme, die zu großen Teilen Farmer und Viehirten sind, blutige Fehden um Vieh und Weideland. Früher mit Holzstöcken und Speeren, heute mit AK47-Gewehren. „Die beiden Kriegstreiber haben diesen tief verwurzelten Hass ausgenutzt, um ihre Stämme für die eigenen Interessen zu mobilisieren. Fragt man die Menschen, um was im Südsudan gekämpft wird, haben viele keine Antworten.“ Viele südsudaneseischen Flüchtlinge sprechen vom „senseless war“, dem sinnlosen Krieg.

Der Großteil der Menschen, die der südsudaneseische Bürgerkrieg lebendig aus-gespeckt hat, lebt heute in Uganda. Eine Million Menschen aus dem Südsudan hat der Nachbarstaat im Süden seit Beginn des Konflikts im Jahr 2013 aufgenommen. Noch immer kommen jeden Tag mehrere hundert Menschen zu Fuß über die Grenze. Von dort werden sie mit großen Lkw in die immer weiter expandierenden Flüchtlings-siedlungen gebracht. Bulldozer walzen Straßen in den ugandischen Busch, wo bis vor wenigen Monaten nichts war.

Von Weitem sieht die neu entstehende Siedlung Omogu, in der Saveri Obama von jetzt an leben soll, ein bisschen aus wie

der Campingplatz eines riesigen Musikfestivals: Leute, die sich mit Holzstäben Pavillons zusammenzimmern, andere, die Zelte aufschlagen, Campingschirr aus den riesigen Lastwagen laden, über offenen Feuern Suppen kochen. Obama schaut immer noch etwas unschlüssig, als die UN-Mitarbeiter ihm und den Geschwistern die Grundlage für ihr neues Leben in den Arm drücken: Vier Holzlaten, eine Machete, eine Harke, zwei Waschkübeln, zwei Wasserkanister, ein Küchenset, eine Solarlampe, ein bisschen Saatgut, vier Schaumstoffmatten, alles aufgereiht auf 50 Quadratmetern Land. Das war's. Willkommen in Uganda. In den internationalen Medien wurde die ugandische Politik in den vergangenen Monaten wahlweise als „liberalste Flüchtlingspolitik der Welt“ oder gar als „Flüchtlingsparadies“ gefeiert.

Der Mann, dem diese Huldigungen gelten, empfängt uns in seinem Büro im sechsten Stock der „Twin Towers“, wie die Ugander das Regierungsgebäude nennen. Zwei Türme, die wie überdimensionale Schneidezähne aus dem Stadtkern Kampalas ragen. Musa Eweru sitzt in seinem schwarzen Ledersessel, an der Wand hängt ein Bild des Langzeit-Präsidenten und Salva-Kiir-Unterstützers Yoweri Museveni, auf dem Schreibtisch steht ein Kalender des UNHCR mit Babys mit Hungerbäuchen darauf. Musa Eweru ist Staatsminister für Krisenmanagement und Flüchtlinge.

Am nächsten Tag will er hinauffahren in den Nordosten, nach Arua, „zu unseren südsudaneseischen Brüdern und Schwes-tern“, wie er sagt. Wenn man ihn fragt, wie viele Leute noch kommen müssten, damit Uganda die Grenzen abriegelt, lacht er ein lautes, schallendes Lachen, schüttelt den Kopf. „Das mit den Mauern und Zäunen, das ist ein westliches Phänomen. Wir wer-

Kommt die Trockenzeit, droht eine Hungersnot, die alle treffen wird

den niemandem, der Schutz sucht, die Tür vor der Nase zuschlagen.“ Er rechnet dann vor, dass in Afrika laut UNHCR-Statistik aus dem Jahr 2015 etwa 16 Millionen Flüchtlinge untergebracht sind und dass die Zahl derjenigen, die Europa aufnimmt, dagegen ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Natürlich sei es besser, wenn die Flüchtlinge in Afrika blieben, immerhin könnten sie dann schneller wieder in die Heimatländer zurückkehren und müssten nicht in „komplette fremde Kulturen“ integriert werden. Aber – und das ist dem Minister wichtig: Wer will, dass die Flüchtlinge in Afrika bleiben, der müsse auch bereit sein, den entsprechenden Preis dafür zu zahlen.

Die Drohkulisse steht. Nichts scheint den Politikern der EU-Staaten im Jahr 2017 mehr Angst zu machen als Flüchtlinge und Migranten. Nichts lässt sich für zwielichtige Regierungschefs schneller zu Geld machen. Musa Eweru weiß das: Drei Milliarden zahlte die EU im Rahmen des Flüchtlingsdeals bislang an die Türkei, weitere drei Milliarden sind zugesagt; die von der EU unterstützte Einheitsregierung im *failed state* Libyen bekommt über 100 Millionen und darf auf mehr hoffen. Die Transitländer Niger und Tschad verhandeln gerade mit der EU-Kommission die Konditionen der sogenannten Migrationspartnerschaften.

Phrasen, die stutzig machen

Deshalb hat der ugandische Präsident Yoweri Museveni im Juni zusammen mit dem UN-Generalsekretär António Guterres einen Solidaritätsgipfel in Kampala ausgerichtet. Regierungschefs aus der ganzen Welt waren eingeladen, Musa Eweru hat sie durch die Flüchtlingslager geführt, hat ihnen vorgerechnet, dass Uganda zwei Milliarden Dollar brauche, um die Krise bewältigen zu können.

358 Millionen Dollar wurden damals von den Geberländern zugesagt, wie viel davon bislang angekommen ist, will Eweru nicht sagen. Falls es aber nicht ankommen sollte, malt er schon mal mögliche Horrorszene-rien vor: „Wir haben schon jetzt mit Wasser- und Lebensmittelknappheit im Norden zu kämpfen. Wenn erst die Trockenzeit kommt, werden wir hier eine Hungerkatastrophe haben – aber das wird kein Grund sein, irgendjemanden abzuweisen. Eher hungern wir zusammen, Brüder und Schwestern, Ugander und Flüchtlinge.“



Neankömmlinge in Omogu (oben links), Saveri Obama floh mit seiner Frau Fhoibe Turukiya und seinen Geschwistern (oben rechts) nach Uganda. Flüchtlingsminister Musa Eweru (unten) sagt, er wolle niemanden abweisen: „Eher hungern wir zusammen.“



Bisher profitiert das Land von Flüchtlingen. Aber wie lange noch?

Es sind Worte aus dem Mund eines Politikers, die pathetisch und nach Sozialromantik klingen. Phrasen, die an die Worte des deutschen Innenministers Thomas de Maizière erinnern, der im Frühjahr 2016 die „großartige Unterstützung tausender Ehrenamtlicher“ bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise lobte. Phrasen, die stutzig machen, weil sich dahinter oft politisches Versagen verbirgt.

Deshalb sitzen wir wenige Tage später in blauen Plastiksitzschalen in einem Dorf im Norden des Landes. „Obodu 1“ heißt diese kleine Ansammlung aus Lehmhütten und Wellblechbaracken. „1“ deshalb, weil daneben Obodu 2 und 3 dazugekommen sind, da wohnen die Flüchtlinge aus dem Südsudan. In Obodu 1 nur Ugander.

Viele kennen das Fliehen

An diesem frühen Abend, 17 Uhr, noch immer ist es so Grad heiß, haben sich die Jugendlichen des Ortes vor dem Kiosk versammelt. Saugen durch Strohhalm Coca-Cola aus Dosen. Die meisten waren nur wenige Jahre in der Schule. Sie arbeiten in Tagelöhnerjobs, buddeln Löcher, ernten Früchte, schieben für ein bisschen Kleingeld NGO-Pick-ups aus dem Dreck, wenn die sich in einem der Schlammflöcher festgefahren haben. Wie es um die Willkommenskultur geht, von der der Minister erzählt hat, wollen wir wissen; was sie, die Ugander, von den Flüchtlingen halten?

„Flüchtlinge, die sind alle kriminell!“, ruft ein schmächtiger Junge mit Ziegenbart, „Genau“, ruft ein zweiter, der aus seiner hellblauen Plastiksitzschale aufspringt, „seit die Südsudanesen hier sind, werden immer wieder Motorroller und Kühe gestohlen“. „Das ist ihre fremde Kultur, die heiraten auch Kinder und so“, ruft der erste. Außerdem habe die Regierung das Land ansässiger Farmer enteignet, ohne Entschädigung, für die Flüchtlinge.

„Hält doch die Klappel!“, ruft ein älterer Mann mit Karo-Hemd und Latzhose dazwischen. Er stellt sich als Nelson Bala vor, 45 Jahre. Eralt in einem Land, in dem die Menschen durchschnittlich 15 Jahre alt sind. Dementsprechend viel hat er gesehen in seinem Leben: Flucht vor Diktator Idi Amin in die Demokratische Republik Kongo in den 1970ern, Flucht vor Joseph Kony's Lord's Resistance Army in den 1980ern in den Südsudan. „Wir hatten alles verloren damals und die Sudanesen haben uns behandelt wie Brüder und uns mit Essen versorgt“, erzählt er. „Viele aus meiner Generation wissen, wie es ist, Flüchtling zu sein, dass Frieden, wie wir ihn seit 30 Jahren haben, keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb heißen wir die Leute willkommen!“

Ayikobu Kisiho kann beide Seiten verstehen. Zumindest tut er so, der 30-Jährige ist einer von drei Bürgermeister in Obodu 1. Ein freundlicher Mann Anfang 30 mit leichtem Bauchansatz, über dem ein oranges NGO-T-Shirt spannt. Ein besonnener Diplomat im Umgang. „Weißt du“, sagt er, „die Jugendliche sehen: Die Flüchtlinge bekommen Unterkünfte und Lebensmittel und zahlen nicht dafür.“ Zustimmendes Nicken beim Publikum. „Aber wenn wir ehrlich

sind: Bevor die Flüchtlinge kamen, da hatten wir nichts. Keine Straßen, keine Krankenstationen, keine Schulen. Nichts.“ Dann seien die Flüchtlinge aus dem Südsudan gekommen. Die ersten Anfang der 1990er, dann zu Beginn der 2000er und jetzt wie die kleine Ansammlung aus Lehmhütten und Wellblechbaracken. „1“ deshalb, weil daneben Obodu 2 und 3 dazugekommen sind, da wohnen die Flüchtlinge aus dem Südsudan. In Obodu 1 nur Ugander.

Es sind Worte aus dem Mund eines Politikers, die pathetisch und nach Sozialromantik klingen. Phrasen, die an die Worte des deutschen Innenministers Thomas de Maizière erinnern, der im Frühjahr 2016 die „großartige Unterstützung tausender Ehrenamtlicher“ bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise lobte. Phrasen, die stutzig machen, weil sich dahinter oft politisches Versagen verbirgt.

Deshalb sitzen wir wenige Tage später in blauen Plastiksitzschalen in einem Dorf im Norden des Landes. „Obodu 1“ heißt diese kleine Ansammlung aus Lehmhütten und Wellblechbaracken. „1“ deshalb, weil daneben Obodu 2 und 3 dazugekommen sind, da wohnen die Flüchtlinge aus dem Südsudan. In Obodu 1 nur Ugander.

Es sind Worte aus dem Mund eines Politikers, die pathetisch und nach Sozialromantik klingen. Phrasen, die an die Worte des deutschen Innenministers Thomas de Maizière erinnern, der im Frühjahr 2016 die „großartige Unterstützung tausender Ehrenamtlicher“ bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise lobte. Phrasen, die stutzig machen, weil sich dahinter oft politisches Versagen verbirgt.

Deshalb sitzen wir wenige Tage später in blauen Plastiksitzschalen in einem Dorf im Norden des Landes. „Obodu 1“ heißt diese kleine Ansammlung aus Lehmhütten und Wellblechbaracken. „1“ deshalb, weil daneben Obodu 2 und 3 dazugekommen sind, da wohnen die Flüchtlinge aus dem Südsudan. In Obodu 1 nur Ugander.

stülpen und in das er die Schaummatratzen reinpacken kann. Ein Bett – das erste seit sechs Monaten.

So lange ist es nun her, dass die Dinka-Soldaten ins Dorf kamen, die Frauen und Kinder vertrieben und die Männer erschossen, die sich nicht rechtzeitig retten konnten. Weil sie hinter jedem Nicht-Dinka eine Rebellen vermuteten, erzählt Obama. Sie sind dann in den Busch geflüchtet, haben dort ein halbes Jahr gelebt. Sein Vater, Obama Senior, hat sie am Leben gehalten, weil er jede Woche auf den Markt ging, seinen Imkerhonig verkaufte und dafür Gemüse und Reis für die Familie erstand. Eines Tages ist er dann nicht mehr zurückgekommen. Verschwunden, einfach so. Obama kennt die Geschichten von Leuten, die verschwunden, im Südsudan gibt es nie ein Happy End, immer nur Tod. Umgebracht von der Regierung, von den Rebellen, von sonst wem. Saveri Obama hat dann nicht lange gefackelt und seine Gewehr eingepackt, seine Frau Fhoibe Turukiya und das Huhn. Dann haben sie sich auf den Weg gemacht, Ziel Uganda. „Ein Wunder, wirklich“, sagt Saveri Obama, „dass wir das alle überlebt haben.“

Das Morden geht weiter

Eines Tages, klar, sagt er, will er zurückkehren. Dann soll der Südsudan eine Nation sein wie Deutschland oder die USA, wo nicht jeder jedem ungestraft den Schädel einschließen darf. Doch das geht nur, wenn sich Salva Kiir und Riek Machar endlich die Hand geben und Frieden schließen. Eine absurde Vorstellung in Anbetracht des Südsudankonflikts im Jahr 2017.

Das Friedensabkommen zwischen Salva Kiir und Riek Machar vom August 2015 ist gescheitert. Machar ist nach Südafrika geflohen, der Krieg im Südsudan weiter eskaliert. Es ist nicht länger ein Kampf zwischen Dinka und Nuer. Mehr als ein Dutzend verschiedener Milizen bekämpfen inzwischen die Regierung in Juba, kaum ein Stamm, dessen Mitglieder nicht involviert sind. Die Kämpfe haben sich auf den bislang kaum berührten Westen und Süden, wo Saveri Obama bis vor wenigen Wochen gelebt hat, ausgeweitet. Ein Waffenembargo, wie es Human Rights Watch gefordert und die US-Regierung vorgeschlagen hat, scheiterte im Dezember 2016 im Sicherheitsrat der UNO.

„Solange es niemand schafft, den Zyklus der Gewalt zu durchbrechen und die Verantwortlichen vor ein internationales Strafgericht zu bringen, so lange wird das Morden weitergehen“, sagt Jonathan Pedneault von Human Rights Watch. So lange werden die Menschen fliehen, so lange wird Uganda sie aufnehmen. Sagt zumindest der Flüchtlingsminister. Nur wie lange das noch geht, das kann in Uganda derzeit niemand sagen.

Bartholomäus von Laffert und Fotograf Moritz Richter waren drei Wochen in Uganda unterwegs. Die Recherche wurde gefördert vom Netzwerk Recherche und dem Förderverein der katholischen Journalistenschule ifp